

# Das Treffen der Mächtigen

Is das G-20-Treffen ein reiner Debattierclub, zu dem sich die Vertreter der einflussreichsten Länder treffen? Oder ist die Veranstaltung mehr? Von Sonntag bis Montag findet der Gipfel statt. 13 000 Teilnehmer werden im türkischen Antalya erwartet.

## Mitglieder der G20



# Mehr als ein Debattierclub

Syrienkrise, Klimawandel, Steuern und der Kampf gegen Armut – der Gipfel der G20-Staaten in Antalya hat eine lange Agenda

Es müsste ihnen eine Lehre sein: Schon vor zwei Jahren haben die G-20-Staaten bei ihrem Gipfel in St. Petersburg eine Chance verpasst, die Krise in Syrien anzupacken und die Flucht der Menschen aus dem Land aufzuhalten. Zwei Millionen Syrer hatten 2013 bereits Zuflucht in Nachbarstaaten wie Libanon, Jordanien und der Türkei gesucht. Aber das Drama schien weit weg von Europas Grenzen zu sein und interessierte auch in Deutschland niemanden so recht. Plötzlich kommen diese Flüchtlinge täglich zu Tausenden nach Deutschland.

Es war nicht das erste Mal, dass die mächtigsten Vertreter der führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) die Hoffnungen enttäuscht haben. „Das sagt etwas über die G20“, sagt Steve Price-Thomas von der Hilfsorganisation Oxfam vor dem diesjährigen G-20-Gipfel am Wochenende im türkischen Antalya. Wie gelähmt waren die Länder 2013, als sie über mögliche US-Raketenschläge als Reaktion auf den Chemiewaffeneinsatz in Syrien stritten – und am Ende tatenlos auseinandergingen. „Wenn sie das Treffen in St.

Petersburg genutzt hätten, alle Konfliktparteien an einen Verhandlungstisch zu bringen, anstatt über andere Dinge zu streiten, hätten wir heute, viele Monate später, nicht so eine große Flüchtlingskrise“, sagt Price-Thomas.

Der Verbund der höchst unterschiedlichen G20-Staaten hat sich oft als unfähig erwiesen, konkrete Maßnahmen zur Lösung großer Konflikte zu ergreifen. Seine wahre Geburtsstunde war indes die globale Finanzkrise 2008, als das große Forum mit den aufgestiegenen Schwellenländern unverzichtbar war, um die Welt wieder aufs Gleis zu bringen. Dass die G20 nur ein „Debattierclub“ sei, wie oft bemängelt wird, ist also auch falsch. „Es hat sich von einem Krisenstab zu einer globalen Steuerungsgruppe entwickelt“, findet John Kirton von der G-20-Forschungsgruppe der Universität Toronto.

Jährlich wechselt der Vorsitz der G20 Länder; diesmal richtet die Türkei das Treffen aus. Die wechselnde Verantwortung lässt die Welt zusammenrücken. Auch regierungsunabhängige Organisationen wie Oxfam, Greenpeace oder

Transparency International sind eingebunden. Themen sind unter anderem auch der Klimawandel oder die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Inzwischen besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des globalen Reichtums, wie das Bankhaus Credit Suisse gerade in einem Bericht feststellte.

Ein erster Schritt für eine ausgewogenere Weltwirtschaftsordnung soll der Kampf gegen Steuertricks und Gewinnverlagerung (BEPS) multinationaler Konzerne sein, der auf diesem Gipfel verabschiedet werden soll (siehe unten).

### Erdogan trifft sich zum Dialog mit US-Präsident Obama

Im Mittelpunkt des Gipfels aber stehen der Syrienkrieg und die Flüchtlinge. Am Sonntag trifft der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit US-Präsident Barack Obama zusammen. Das Verhältnis zwischen den Politikern war in den vergangenen Jahren von Spannungen geprägt. Im Syrien-Konflikt kritisiert die Türkei, dass die USA die kurdischen Mili-

ten der PYD mit Waffen ausrüsten. Die Türkei betrachtet die PYD – den syrischen Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK – als Terrororganisation.

Dass die G-20-Staaten auch beim Klimaschutz in der Verantwortung stehen, hat einen Grund: Drei Viertel aller Treibhausgase werden von ihnen abgegeben. Kurz vor dem Weltklimagipfel in Paris fordern Umweltschützer vom Gipfel in Antalya ein „starkes Signal“, dass es die G20 mit dem Kampf gegen die Erderwärmung ernst meint. Doch nicht nur die Lobby von Kohle, Öl und Gas bremse, ein Riesenproblem sei auch, dass Industrie- und Entwicklungsländer in Blöcken gegeneinander stünden, sagt Christoph Bals von Germanwatch. „Richtig ist zwar, dass man von armen Ländern nicht das gleiche erwarten kann wie von reichen.“ Aber die Welt habe sich seit 1990 verändert. Die Schwellen- und Entwicklungsländer stießen heute 60 Prozent der Emissionen aus. Pro-Kopf zwar deutlich weniger als in den Industrieländern, doch „die alten Schablonen stimmen nicht mehr“.

Andreas Landwehr (dpa)

# Multis bereichern sich auf Kosten der Staaten

Die G-20-Länder wollen, dass international handelnde Konzerne ihre Steuern dort bezahlen, wo auch ihre Gewinne anfallen

Von Christian Mihatsch

Die Führer der G-20-Länder werden sich bei ihrem Gipfeltreffen im türkischen Badoort Antalya einmal mehr mit Steuern beschäftigen. Vergangenes Jahr haben sie den automatischen Austausch von Steuerdaten von Einzelpersonen vereinbart, um die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Dieses Jahr kommen die multinationalen Konzerne dran: Im Auftrag der G20 hat die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ein Konzept ausgearbeitet, um Gewinnverkürzung und -verlagerung zwecks Steueroptimierung zu erschweren.

Abgeleitet von der englischen Bezeichnung Base Erosion and Profit Shifting ist dieses Bestreben als Beps bekannt. OECD-Chef Angel Guri erklärt die Beps-Initiative so: „Was ist mit den multinationalen Firmen? Die bezahlen keine Steuern, weil sie rechtliche Strukturen nutzen, die wir über die vergangenen 80 Jahre geschaffen haben, um Doppelbesteuerung zu vermeiden. Damit haben wir ein System der perfekten Doppel-Nicht-Be-



„Wir brauchen keine Worte, sondern Taten.“ Das wird auch vom G-20-Treffen gefordert.

FOTO: DPA

steuerung geschaffen. Das müssen wir zurückdrehen.“ Ziel ist, dass die Firmen dort Steuern bezahlen, wo auch ihre Gewinne anfallen.

Das tun sie derzeit nur eingeschränkt, wie eine Studie von Oxfam und dem Tax Justice Network (Steuergerechtigkeitsnetzwerk) zeigt. Untersucht wurden die Aktivitäten von US-Multis. 2012 haben diese 500 bis 700 Milliarden in Steueroa-

sen verschoben – rund ein Viertel ihrer Gewinne. Zwei Drittel dieses Geldes ist in nur fünf Ländern gelandet: Holland, Luxemburg, Irland, Bermuda und der Schweiz. Das Ungleichgewicht zwischen Geschäftsaktivität und Steuersitz zeigt sich etwa in Bermuda: US-Konzerne machen dort 0,3 Prozent ihres Umsatzes, aber „versteuern“ dort 3,3 Prozent ihrer weltweiten Gewinne. Die Diskrepanz rührt tendenziell von Bermudas Steuersatz auf Firmengewinne her: Diese sind steuerfrei. Verlierer ist dabei der amerikanische Staat.

Aber selbst die Steueroasen profitieren nicht unbedingt von Beps: Die holländische Regierung schätzt, dass ihr dadurch 200 Millionen Euro an Steuereinnahmen entgehen. Eine IWF-Studie geht davon aus, dass den reichen OECD-Ländern durch Beps knapp drei Prozent ihrer Steuereinnahmen verloren gehen. Entwicklungsländer kosten die Beps rund acht Prozent ihrer Steuereinnahmen.

Um Beps zu vermeiden, sollen Konzerne mit einem Umsatz von über 750 Millionen Dollar in Zukunft Land für Land ausweisen, wie viel Gewinn dort erzielt

wurde und wie viele Steuern bezahlt wurden.

Aus Sicht von Oxfam ist das ein Meilenstein, reicht aber noch nicht. Die Entwicklungsorganisation verlangt, dass diese Angaben öffentlich gemacht werden. Gemäß dem OECD-Konzept müssen die Konzerne nur an ihrem Hauptsitz Steuern nach Ländern ausweisen. Andere Länder können diese Angaben dann per Informationsaustausch einsehen. Vielen Entwicklungsländern bleibt dadurch die Einsicht verwehrt, da sie keine Abkommen zum Informationsaustausch haben. Oxfam kritisiert zudem, dass ein Steuersatz von Null von der OECD nicht als schädliche Steuerpraxis gewertet wird.

Noch grundsätzlichere Kritik kommt von José Ocampo, einem früheren Finanzminister Kolumbiens: „Das größte Problem ist: Indem die Tochterfirmen von Multis als separate Einheiten besteuert werden, besteht viel Raum für Multis ihre Steuerpflicht zu umgehen.“ Er schlägt ein System vor, in dem Multis und alle ihre Töchter als ein Unternehmen betrachtet werden und der Gewinn mit einem Schlüssel auf die Länder aufgeteilt wird.

## HINTERGRUND

### Der Club der Wirtschaftsriesen

Zum zehnten Mal treffen sich am Sonntag und Montag in der Türkei die Staats- und Regierungschefs aus 20 großen Industrie- und Schwellenländern. Der Club der Wirtschaftsriesen wurde Ende der 90er Jahre gegründet, um sich international in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik abzustimmen. Die G-20-Mitgliedsländer stehen zusammen für fast 90 Prozent der Wirtschaftsleistung weltweit und für rund zwei Drittel der Weltbevölkerung. Zur Zeit hat die Türkei die Präsidentschaft inne, der Gipfel findet daher in der Ferienmetropole Antalya am Mittelmeer statt. Die meisten Hotels an dem knapp 20 Kilometer langen Küstenstreifen sind für die 13 000 Teilnehmer des Treffens reserviert.

Danach übernimmt China die Präsidentschaft und richtet 2016 den nächsten Gipfel aus. Die G-20-Runde gibt es seit 1999, sie wurde als Reaktion auf die Asien-Krise zunächst auf Finanzministerebene eingerichtet. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer kamen erstmals infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kurz nach der Lehman-Pleite 2008 in Washington zu einem Gipfel zusammen. 2009 werteten sie die Runde der G20 zum „obersten Forum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ auf. Allerdings hat dieses Forum mit Abflauen der Krisen wieder an Bedeutung verloren. Die G20 sind ein informeller Zusammenschluss und keine Organisation. Von Kritikern wird angeprangert, dass die Gruppe nicht dazu legitimiert sei, Beschlüsse für die gesamte Welt zu treffen.

AFP

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Dr. Christian H. Hodeige  
CHEFREDAKTOR: Thomas Hauser (verantwortl.)  
STELV. CHEFREDAKTEURE: Thomas Fricker, Holger Knöferl (Heimatreddaktion), Markus Hofmann (Digitales)  
LEITENDER REDAKTEUR: REPORTAGE/LAND & REGION: Stefan Hupka  
POLITIK: Thomas Fricker; NACHRICHTEN & BLATTPLANUNG: Frauke Wolter, Karl-Heinz Fesenmeier; WIRTSCHAFT: Dr. Jörg Buteweg; KULTUR & MAGAZIN: Alexander Dick; SPORT: Michael Dörfler; FORUM: Maikka Kost  
KORRESPONDENTENBÜROS in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

CHEF VOM DIENST: Hans-Peter Müller  
STELV. CHEF VOM DIENST: Anselm Bußhoff  
LAYOUT/GRAFIK: Wolfgang Grabherr  
BZ-EXTRA: Michael Sträter

BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG, Basler Straße 88, 79115 Freiburg  
Telefon 0761 - 496-0  
Fax Redaktion 0761 - 496-5029  
Fax Abonnentenservice 0761 - 496-8696  
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709

E-MAIL-ADRESSEN: redaktion@badische-zeitung.de  
forum@badische-zeitung.de  
aboservice@badische-zeitung.de

GESCHÄFTSFÜHRER: Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz  
ANZEIGEN: Ralph Strickler (verantwortl.)  
VERTRIEB: Thomas Zehnle  
PERSONAL UND RECHT: Dr. Verena Ehrlicher

ANZEIGENANNAHME: Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229  
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de  
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen  
www.schnapp.de

FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ: Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141  
Fax 061 - 27 54 242

DRUCK UND VERSAND: Freiburger Druck GmbH & Co. KG  
Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg



Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Eine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2015.